

Michael Müller

Auf der Höhe der Zeit

Politik für eine sozialökologische Transformation

1992 schrieb Willy Brandt an die Sozialistische Internationale: »Nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.« Eine Politik, die gestaltet statt auf Krisen zu reagieren, muss Zusammenhänge und längerfristige Trends verstehen. Begreifen, was unter der Oberfläche vor sich geht, ist ein zentrales Anliegen von Erhard Eppler, der wie kein anderer die Südwest-SPD geprägt hat. Sein Grundsatz heißt: Die SPD muss sich dem Notwendigen verschreiben statt nur dem vermeintlich Machbaren, sie muss das Notwendige machbar machen. Eppler erkannte schon 1975 in dem Buch *Ende oder Wende* die tiefgehenden Veränderungen, die bis heute anhalten.

Vieles ist noch immer hochaktuell, denn mehr denn je gilt: Unsere Zeit braucht eine starke Reformpartei, die soziale und ökologische Ziele miteinander verbindet. Epplers Credo heißt, sowohl ein alltägliches Grundvertrauen bei Arbeitnehmern, aber auch sozial schwächeren Schichten festigen als auch eine Fortschritts- und Vordenkerpartei sein. Beides bedingt einander. Aber die SPD tut sich schwer, neue Mehrheiten zu gewinnen. Offenkundig ist der Widerspruch zwischen alltäglicher Politik und dem Hamburger Grundsatz- oder auch dem Wahlprogramm.

Für eine Erklärung, warum die SPD – und mit ihr Reformpolitik – in die Defensive geraten sind, müssen wir bis Mitte der 70er Jahre zurückgehen. Damals wurde begonnen, den sozialstaatlichen Nachkriegskapitalismus aufzukündigen, der bis heute unser Bild einer erfolgreichen Wirtschaftsepoche geprägt hat, in Westdeutschland durch die soziale Marktwirtschaft, ermög-

licht durch einen sozialen Korporatismus und handlungsfähigen Nationalstaat im Verbund mit einem außergewöhnlich hohen Wachstum. Der Umbruch begann im August 1971 mit der Abkehr von Bretton Woods, das in der Nachkriegszeit zu einer stabilen Weltwirtschaft beigetragen hatte. Angeschlagen durch ein wachsendes außenwirtschaftliches Ungleichgewicht und belastet durch die hohen Kosten des Vietnamkrieges kündigte US-Präsident Richard Nixon das System der festen Wechselkurse auf. Er nutzte die Dominanz des Dollars, um durch die Inflationierung der Weltwirtschaft neue Vorteile zu erreichen, zu Lasten Westeuropas. Der Aufstieg der Geldpolitik unter der Regie der Wall Street war politisch gewollt. Das Regime freier Kapitalbewegungen setzte sich weltweit durch.

In den westlichen Industriestaaten ging der Traum von der immerwährenden Prosperität zu Ende. Helmut Schmidt, der zusammen mit Frankreich die wirtschaftliche Entwicklung weiter politisch steuern wollte, setzte auf Kontinuität und Konzentration. Doch dieser Weg kollidierte mit der britischen und amerikanischen Geldpolitik und ignorierte die ökologischen Grenzen des Wachstums. Beschleunigt durch rückläufige Wachstumsraten und die steigende Verschuldung begann auch der soziale Zusammenhalt zu erodieren. Dennoch forderte der aufkommende Neoliberalismus eine immer weitergehende Deregulierung der Märkte, begründet mit der Behauptung, nur so im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Die Globalisierung der Märkte und die Digitalisierung der Welt diktierten der Politik die Rahmenbedingungen.

Dagegen plädierte Erhard Eppler für ein Konzept mittelfristiger Krisenbewäl-

tigung, das nichts an Aktualität verloren hat. Eppler, so Gustav Heinemann damals im Spiegel, »ist ein Mahner – und wie alle Mahner umstritten. Nur übergehen kann man ihn nicht.« In der SPD wurde Eppler als Vordenker anerkannt, aber ihm wurde nicht gefolgt. Die Partei tat sich schwer mit dem Spannungsverhältnis zwischen Tagespolitik und Visionen – und sie tut es noch immer. Dabei war Eppler nicht allein. Auch Willy Brandt forderte 1980, bei der Vorstellung des Nord-Süd-Berichts der Vereinten Nationen, »von der ständigen Verwechslung zwischen Wachstum und Entwicklung wegzukommen«. Brandt war überzeugt, dass die SPD die Sache der Ökologie viel stärker zu ihrer Sache hätte machen müssen, um sie in der Idee der Nachhaltigkeit, die aus der sozialdemokratischen Programmatik stammt, eng mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden.

Die ökologischen Herausforderungen wie Klimawandel, Wasserknappheit, Peak-Oil (das Erreichen der maximalen Ölförder- und Ölproduktionsmenge), Bewahrung der landwirtschaftlichen Grundlagen und Biodiversität, Verslumung der Städte mit ihren geballten Energie-, Ernährungs- und Entsorgungsproblemen sind auch zentrale Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen. Wir haben es nicht geschafft, uns in dem Rahmen zu bewegen, den der Erdgipfel von Rio 1992 vorgegeben hat: Soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung als Einheit zu verstehen. Aus der Vorsorge vor dem Klimawandel ist inzwischen die Anpassung an den Klimawandel geworden, was in armen Ländern gar nicht möglich ist. Durch die Erwärmung des Pazifiks zog der Monstertaifun Haiyan kürzlich seine mörderische Spur über die Philippinen. In Afrika war im Sudan die Wasserknappheit eine Ursache

für den furchtbaren Bürgerkrieg. Auch der Höhepunkt der Ölförderung ist erreicht. Verteilungskonflikte drohen, aus denen Ressourcenkriege werden können. Schon bald werden zwei Milliarden Menschen in Slums leben. In zwei Jahrzehnten drohen in 30 der ärmsten Länder die landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch Bodenzerstörung, Monokulturen und Wasserknappheit um ein Viertel niedriger zu liegen.

Es sind die sich gegenseitig verstärkenden Gefahren, die mit dem Klimawandel, weiteren 1,5 Milliarden Menschen, der nachholenden Industrialisierung der großen Schwellenländer, der Ölverknappung und dem Wassermangel, dem Zusammenbruch landwirtschaftlicher Systeme und der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und nicht zuletzt, als Folgen, mit der städtischen Verwahrlosung verbunden sind und für die es in der Menschheitsgeschichte keinen Vergleich gibt. Das ist kein Katastrophengerede.

Die Einordnung unserer erdgeschichtlichen Epoche als Anthropozän, wie der Chemie-Nobelpreisträger Paul Crutzen sie nennt, ist ein Appell an die Vernunft. Die Tragfähigkeit unseres Planeten wird ausreichen, wenn wir bereit sind, den demokratischen Raum zum Motor für Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu machen. Diese Herausforderung ist allein mit Umweltsetzen und besserer Technik, so wichtig sie auch sind, nicht zu bewältigen. Es geht um die strategische Entscheidung, dem öffentlichen Wohl auf Dauer den Vorrang vor individuellem Reichtum zu geben. Nur so kommt es zu einer sozialökologischen Transformation, die ein gutes Leben für alle ermöglicht und Bestand hat. Das ist die Aufgabe der SPD, wie Willy Brandt und Erhard Eppler aufgezeigt haben, das ist Politik auf der Höhe der Zeit.



Michael Müller

war langjähriger SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium. Er ist Bundesvorsitzender der Naturfreunde und Mitglied im Präsidium des Deutschen Naturschutzrings (DNR).

michael-hans-mueller@web.de